

## Münchner Sicherheitsbericht: Die Angst vor der "fragilen Patronage" der USA

9 Feb. 2026 21:21 Uhr

Die Bilanz, die diesmal der Munich Security Report zieht, zeugt von tiefer Verunsicherung. Man würde sich Biden zurückzaubern, wenn man könnte. Und blickt mit Misstrauen auf die eigene Krise und die sich verändernde Welt.



© Urheberrechtlich geschützt

Vorstellung des "Munich Security Report" auf der Bundespressekonferenz, 09.02.2026

*Von Dagmar Henn*

Jedes Jahr wenige Tage vor der Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) [erscheint](#) der Munich Security Report. Dieses Jahr lautet der Titel "Under Destruction", also etwa "in Zerstörung begriffen". Im Text selbst findet sich dann die Formulierung "Abrissbirnenpolitik".

Man kann das als eine Art Traumatisierung durch die Politik der Trump-Regierung begreifen. Begleitet von einem gerüttelten Maß an Heuchelei, als wäre die nun bedrohte "regelbasierte Weltordnung" für die Menschheit außerhalb des Westens je wünschenswert oder von Vorteil gewesen. Oder als wäre die Politik, die zuvor – begeistert unterstützt von den Westeuropäern – die Biden-Regierung lieferte, risikofrei gewesen und hätte die Welt nicht an die Schwelle des Atomkriegs geführt.

Irgendwo steckt hinter den 120 Seiten des Berichts auch noch der Schock, den im vergangenen Jahr der Auftritt von US-Vizepräsident JD Vance ausgelöst hatte, der gerade diesen Westeuropäern undemokratische Methoden und Zensur vorwarf, bis hin zu der Erklärung, der größte Feind der Europäer

seien sie selbst. Der Konter des aktuellen Berichts lautet implizit, das seien im Gegenteil die Vereinigten Staaten.

Die Liste der Sünden der USA, die sich durch die Aufsätze des Berichts verteilt, ist lang. "Seit Trumps Rückkehr ins Amt hat Washington offen mit den globalen Handelsregeln gebrochen, die es einst zu schaffen geholfen hatte", heißt es beispielsweise. Oder: "Nach der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie und Trumps Bemerkung, Grönland einzunehmen könne 'eine Option sein', kämpfen mehr damit, die Sicht aufrechtzuerhalten, dass die USA es im Generellen gut mit Europa meinen – selbst wenn es nur wenige in Europa wagen, das laut auszusprechen."

Die Umfragen, die ebenfalls immer Teil dieses Berichts sind, bestätigen eine tiefe Krise im Westen. "Für viele ist die bestehende Ordnung mit der Krise der Bezahlbarkeit verbunden, mit dem Ende der sozialen Aufwärtsmobilität, und stagnierenden oder sinkenden Lebensstandards. Die Leben der Menschen werden, kurz gesagt, nicht mehr besser."

60 Prozent der Franzosen glauben, dass die Politik ihrer Regierung das Leben künftiger französischer Generationen verschlechtert, so wie 53 Prozent der Briten, 51 Prozent der Deutschen und auch 45 Prozent der US-Bürger. Indien und China liefern ganz andere Zahlen – dort glauben 61 Prozent (Indien) und 80 Prozent (China), dass die Regierungspolitik ihr Leben verbessert.

Übrigens sind es die BRICS-Staaten (ohne Russland, bei dem man wohl zu feige war, es in die Umfrage aufzunehmen), in denen die Befragten alle meinten, ihr Land solle mehr zu globalen Problemlösungen beitragen. In Deutschland und Frankreich sind deutlich mehr Befragte dagegen (31 Prozent) als dafür (21 beziehungsweise 19 Prozent).

Bei den Fragen nach Bedrohungen und Verbündeten sind die zwei sich bildenden Blöcke deutlich zu sehen, wobei es allerdings fast nur der Westen ist, der eine ganze Reihe von Ländern zu Gegnern erklärt. China beispielsweise bewertet nur die Vereinigten Staaten als Gegner, und das auch nur mit schwachen -11 Prozent. Alle übrigen Länder sind im positiven Bereich. Die Briten zeigen die größte Spanne, von +70 Prozent für Kanada bis -59 für Russland. Deutschland reicht von +63 für Schweden bis -55 für Russland.

Wirklich interessant ist hingegen der Teil der Umfrage, der die Veränderungen im Verhältnis zum Vorjahr zeigt. Da sind nämlich vor allem die Werte zwischen den westlichen Ländern sichtlich gefallen. Von Kanada gegenüber den Vereinigten Staaten beispielsweise gleich um 52 Punkte. Dementsprechend lautet die Antwort auf die Frage, ob sich der Westen einiger sei als vor zehn Jahren, in so gut wie allen befragten Ländern "ja" – mit Ausnahme Chinas und Indiens, wo das eine Mehrheit anders sieht. Weil eben ihnen gegenüber die unterschiedlichen Geschmacksrichtungen der Hegemonie eine weit geringere Rolle spielen.

Der Westen, wird da dann Bundeskanzler Merz zitiert, sei "allenfalls noch eine geografische Bezeichnung, aber keine normative Bindung mehr, die uns zusammenhält".

Für die SIKO selbst ist das übrigens eine sehr seltsame Lage. Über Jahrzehnte hinweg hatte dieses Treffen, auf dem vor allem US-Politiker und deutsche Industriegrößen zusammenkamen, eine klare Funktion: die Interessen eben dieser deutschen Industrie in den Strukturen der NATO zu verankern. Genau an diesem Punkt hat sich in den letzten Jahren einiges gewandelt.

Denn von der NATO profitiert nur ein kleiner Bruchteil der Industrie (Rheinmetall & Co.), während sich die von der NATO verfolgte Politik für große Teile eben dieser Industrie als schädlich erweist, da weder die Konfrontation mit Russland noch die mit China selbiger Industrie Vorteile bringt. Allerdings haben die deutschen Milliardäre, gelegentlich im Gegensatz zu den Geschäftsführern der ihnen immer noch gehörenden Betriebe, ein größeres Interesse am Erhalt der Dollar-Dominanz als an dem der deutschen Industrie... und Ischinger, der Allianz-Mann, der jetzt wieder das Zepter bei der SIKO schwingt, solange Jens Stoltenberg Finanzminister in Norwegen ist, gehört da nicht zur Seite der Industrie.

Aber zurück zum Bericht. Er liest sich ein klein wenig, als würde man die Nachrichtensendung von vorgestern sehen. Es ist das Narrativ der Biden-Ära, mit nur geringer Anpassung, als könne man die Uhr zurückdrehen, wenn man nur fest genug daran glaube. Auch wenn beispielsweise die Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben in Europa akzeptiert wird, obwohl festgestellt wird, einigen Ländern "fehlt der haushalterische Raum, um Schulden zu erhöhen, oder der politische Raum, um mit den Abstrichen von 'Kanonen statt Butter' umzugehen."

Die Geschichte der "russischen Bedrohung" wird direkt fortgesetzt, auf unterem Niveau. Ein Beispiel:

"Allein im September drangen etwa 20 russische Drohnen in den polnischen Luftraum ein, während drei russische MiG-31 Kampfflieger den estnischen Luftraum für zwölf Minuten verletzten."

Die 20 Drohnen, das waren jene mit Klebeband zusammengehaltenen, die so eigenartig gegen die Flugrichtung auf Dächern aufgesetzt hatten oder im Gras gelandet waren, ohne Spuren zu hinterlassen. Und das "Verletzen des estnischen Luftraums" hatte mit einer winzigen Insel zu tun, die Estland als Grundlage dient, um einen größeren Luftraum zu beanspruchen – ein Anspruch, der jedoch nicht international anerkannt ist.

Die USA, so die Bewertung dieses Berichts, stünden nicht mehr verlässlich hinter dieser Sicht. Ein etwas längeres Zitat macht das gut kenntlich:

"Viele [der US-Verbündeten] sind irritiert über das, was sie als eine ungleiche und manchmal kontraintuitive Hierarchie der Beziehungen wahrnehmen, in der langjährige demokratische Verbündete zum Gegenstand öffentlicher Kritik werden, während autokratische Führer gepriesen werden. Dieser Kontrast ist besonders sichtbar in der Rhetorik gegenüber Europa und Russland. Während führende Vertreter der Trump-Regierung die Europäische Union und einzelne europäische Regierungen der Zensur beschuldigen und der Ukraine vorwerfen, demokratischen Werten nicht gerecht zu werden, enthalten sie sich weitgehend jeder scharfen Kritik an Moskau – trotz Russlands fortgesetzter innerer Repression und internationaler Aggression."

Man kann die Zurücksetzung noch spüren, die Vance im Vorjahr ausgelöst haben muss. Da wird den USA nicht mehr getraut. Was dann nicht nur bezogen auf Europa, sondern auch auf den Pazifik gesehen wird:

"Beobachter in den Hauptstädten des Indo-Pazifik stellen die Bereitschaft der USA, China zu konfrontieren, infrage."

"Das letzte Jahr hat eine Erkenntnis beschleunigt, die bereits gedämmert hatte: Eine US-'Wende', so sie je geschehen war, würde nie die vergangene Ordnung im Indo-Pazifik wiederherstellen. Jetzt findet sich die Region plötzlich mehr oder weniger in einem Boot mit Europa – aber ohne einen Mechanismus der Zusammenarbeit, der der EU oder der NATO gleichkäme."

Glück für Asien, möchte man sagen, denn die Ergebnisse, die diese beiden hoch ideologisierten Bürokratien zeitigen, sind eher unerfreulich. ASEAN, das weit mehr auf Kooperation mit China als auf Konfrontation setzt, dürfte da der deutlich bessere Weg sein.

"Politisch hat Trump einige schnelle Siege erzielt: Die meisten Partner, von China abgesehen, haben ungünstige Handelsbedingungen geschluckt, wegen ihrer Abhängigkeiten von den USA. Aber die Handelsabkommen haben politisches Kapital verbrannt. Unter ehemaligen engen Verbündeten hat das Vertrauen in die USA abgenommen, und Diversifikation weg von den USA wurde eine Priorität. Für Länder wie Brasilien hat der US-Handelsdruck die Haltung gegenüber Washington verhärtet und könnte sie Peking nähertreiben. Tatsächlich hat China freudig die Leere besetzt, die die USA durch ihren Rückzug vom globalen Handel hinterließen."

Wie so viele Passagen in diesen Texten nicht ganz unwahr. Fehlt jedoch die Mitteilung, dass gerade die EU-Länder ihre Abhängigkeiten von den USA in den letzten Jahren deutlich erhöht haben. Wenn sich jetzt das aus den USA importierte LNG als Leine erweist, an der gezogen werden kann und gezogen wird, sollte man hinzufügen, dass die EU sich diese Leine selbst um den Hals gelegt hat. Und nach wie vor bereit ist, weitere hinzuzufügen.

"Nach der Erkenntnis, dass traditionelle Methoden der Diplomatie mit Präsident Trump nicht funktionieren, werden europäische Politiker zunehmend in eine Haltung des Entgegenkommens gedrängt – nicht gegenüber Russland, sondern gegenüber Washington. In dieser entstehenden Logik funktionieren Sicherheitspartnerschaften weniger als Gemeinschaften, die auf gemeinsamen Prinzipien beruhen, sondern eher als fragile Patronage-Beziehungen."

Ja, es ist nicht mehr so kuschlig, wie es einmal war, und die anstehende Konferenz wird das vermutlich auch nicht. Dafür sorgt schon allein die Einladung an Gavin Newsom, den kalifornischen Gouverneur, als radikal Woker geradezu eine Kampfansage an die derzeitige US-Regierung (und vermutlich die Rache für den Auftritt von Vance im Vorjahr). Wobei die Verschiebung, die nicht geleugnet werden kann, eben Angst auslöst:

"Durch die Abkehr von den liberalen Prinzipien, die die Nachkriegsordnung stützten, könnten die Vereinigten Staaten selbst eine postamerikanische Ordnung herbeiführen – und vermutlich schneller, als allgemein erwartet wird."

Das ist die wahre Angst. Man versucht, sie zu überspielen. Man fordert noch mehr vom selben – gleich in zwei Aufsätzen des Berichts wird lautstark beklagt, dass das russische Vermögen bei Euroclear nicht geraubt wurde, als hätte das irgendeine positive Wirkung für die EU gehabt. Als hätte man nicht davon ausgehen müssen, dass bei einer ohnehin schon ökonomisch sehr unsicheren Lage ("der Index für globale wirtschaftspolitische Unsicherheit [...] erreichte beinahe das Dreifache des Höchstwerts während der Finanzkrise") dieser Schritt zumindest die europäischen Finanzen hätte ins Bodenlose stürzen lassen.

Aber gelegentlich wird dann auch zugegeben, dass es eine völlig andere Sicht auf diese Entwicklung gibt. Die Sicht der globalen Mehrheit, die auch die anstehende SIKO als eine Selbstbespiegelung eines Westens wahrnehmen dürfte, der immer weiter an Bedeutung verliert.

"Wie der indische Außenminister Jaishankar bei zahllosen Gelegenheiten sagte, hat das, was der Westen als regelbasierte Ordnung sah, von anderswo in der Welt immer weit eher anarchisch ausgesehen, und von doppelten Standards durchdrungen."

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*